

Postulat Zaccaria (SP), Legler (SP): Prüfung des Bedarfs an Massnahmen zur Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde Muri-Gümligen

1 TEXT

Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, ob die bestehenden Angebote zur Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde Muri-Gümligen den aktuellen Bedarf ausreichend abdecken. Falls ein Handlungsbedarf festgestellt wird, ist aufzuzeigen, mit welchen geeigneten Massnahmen diesem begegnet werden kann.

Begründung

Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist eine zentrale Voraussetzung für ihre persönliche Entwicklung, ihre Bildungsbiografien und ihre gesellschaftliche Teilhabe. Gemeinden tragen dabei eine wichtige Mitverantwortung, da sie zentrale Lebensbereiche wie Schule, Familie, Freizeit und soziale Unterstützung mitgestalten.

Aktuelle Studien und Berichte zeigen deutlich, dass psychische Belastungen bei jungen Menschen in der Schweiz verbreitet sind und in den letzten Jahren zugenommen haben:

- Rund 13 bis 20 % der Kinder und Jugendlichen leiden an psychischen Störungen; zusätzlich zeigt etwa ein Viertel leichtere psychische Probleme¹
- Eine UNICEF-Studie kommt zum Schluss, dass ein Drittel der Jugendlichen von psychischen Problemen betroffen ist²
- Ebenfalls etwa ein Drittel der Kinder und Jugendlichen steht unter hohem Stress, häufig ausgelöst durch schulische Anforderungen, Leistungsdruck oder soziale Faktoren³
- Studien zeigen zudem, dass die psychische Belastung in den letzten Jahren weiter zugenommen hat und teilweise bereits bis zu 30 % eines Jahrgangs betrifft⁴

Diese Entwicklungen werden durch gesellschaftliche Veränderungen verstärkt – etwa durch Leistungsdruck, digitale Medien oder globale Krisen – und stellen Schulen, Familien und Institutionen vor neue Herausforderungen.

Fachstellen und Forschung betonen deshalb die Bedeutung von frühzeitiger Prävention, niederschwelliger Unterstützung und guter Koordination der Angebote, insbesondere im schulischen Umfeld. Gleichzeitig besteht in der

¹ [Psychische Gesundheit \(2024\) | Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen EKKJ](#)

² [Psychische Gesundheit von Jugendlichen | unicef.ch](#)

³ [Stress-Studie: Ein Drittel der Kinder ist gestresst | Pro Juventute](#)

⁴ [«Kinder und Jugendliche leben seit zehn Jahren in einer Dauerkrise» | UZH News | UZH](#)

Schweiz weiterhin eine unzureichende Datenlage, um den Bedarf lokal präzise einschätzen und Angebote gezielt weiterentwickeln zu können.⁵

Auch in der Gemeinde Muri-Gümligen bestehen verschiedene Angebote und Strukturen – insbesondere im Bereich Schule, Schulsozialarbeit, Jugendarbeit sowie in Zusammenarbeit mit kantonalen Fachstellen. Unklar ist jedoch, wie diese Angebote im Zusammenspiel wirken und ob sie den aktuellen und zukünftigen Bedarf umfassend abdecken.

Vor diesem Hintergrund erscheint es angezeigt, eine systematische Prüfung vorzunehmen, welche:

- die aktuelle Situation und Entwicklung in der Gemeinde beleuchtet, bestehende Angebote und Zuständigkeiten einordnet,
- mögliche Versorgungslücken oder Koordinationsbedarfe sichtbar macht,
- und eine Grundlage für verhältnismässige und zielgerichtete Massnahmen schafft.

Gümligen, 19. Mai 2026

A. Zaccaria, V. Legler

M. Koelbing, L. Arnold, N. Zurlinden, M. Zwahlen, S. Fankhauser, R. Racine, C. Engel, P. Messerli, F. Kearns, B. Legler, A. Müller Kearns, R. Laufer, R. Soder, S. Anliker, M. Sager, F. Grossenbacher, H. Beck (19)

2

STELLUNGNAHME DES GEMEINDERATS

Der Gemeinderat erachtet die psychische und mentale Gesundheit und Resilienz der Kinder und Jugendlichen als wesentliche Grundlage für die Entwicklung und die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft. Der Gemeinderat setzt sich im Rahmen des Legislaturziels 7.4 «Die Gesundheits- und Sozialstrategie 2016 ist weiterentwickelt und alle zugehörigen Leitbilder werden integriert.» gezielt mit Prävention auseinander. Prävention verhilft der individuellen Person zu einem selbstbestimmten Leben und senkt gesellschaftlich unerwünschte Ausgaben in der sozialen und medizinischen Intervention.

Die eidgenössische Studie der Kommission für Kinder und Jugendfragen (EKKJ) benennt die aktuelle Situation klar: "Die Welt verändert sich rasch und Ungleichheiten nehmen zu. Kinder und Jugendliche sind zahlreichen Einflüssen ausgesetzt, die sich negativ auf ihre psychische Gesundheit auswirken können. Bei Kindern und Jugendlichen ist das Risiko für psychische Erkrankungen besonders hoch und psychische Gesundheitsprobleme in diesem Alter können langfristige Auswirkungen haben. Daraus ergibt sich eine wichtige gesundheitspolitische Herausforderung, die unter anderem die Einführung eines umfassenden Monitorings, den Ausbau von Prävention und Versorgungsangeboten insbesondere bei Kindern und Jugendlichen sowie den Einbezug der Sichtweise der Betroffenen bei allen Massnahmen beinhaltet."

Eine UNICEF-Studie zeigt alarmierende Ergebnisse. So ist ein Drittel der 14- bis 19-Jährigen in der Schweiz und in Liechtenstein von psychischen Problemen betroffen. Jeder elfte Jugendliche hat schon versucht, sich das

⁵ [Psychische Gesundheitskompetenz von Lehr- und Betreuungspersonen | ZHAW Gesundheit](#)

Leben zu nehmen. Um die psychische Gesundheit von Jugendlichen nachhaltig zu stärken, braucht es vor allem Investitionen in die Sensibilisierung und Prävention.

Stichprobe N=1097

Zwischen Frühjahr und Sommer 2021 wurde eine Online-Umfrage durchgeführt. Teilgenommen haben Jugendliche zwischen 14 und 19 Jahren aus der Schweiz und Liechtenstein

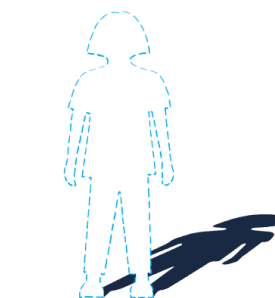


Die Studie, die von UNICEF mit Unterstützung der Z Zurich Foundation und Zurich Schweiz in Auftrag gegeben wurde, wurde zwischen Frühjahr und Sommer 2021 von Wissenschaftlern der Unisanté durchgeführt. Das Ziel: Risiko- und Schutzfaktoren für die psychische Gesundheit von Jugendlichen in der Schweiz und Liechtenstein zu ermitteln.

Depression

37% haben Anzeichen einer Angststörung und/oder Depression. Schlechte psychische Gesundheit führt oft zu einem tiefen emotionalen Wohlbefinden.

1/3 berichtet über ein geringes Selbstwertgefühl.



Suizidversuche

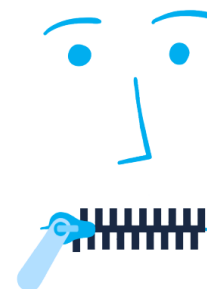
8,7% haben versucht sich das Leben zu nehmen.

17% der Jugendlichen mit Anzeichen einer Angststörung und/oder Depression haben bereits versucht, sich das Leben zu nehmen. Davon haben sogar 48 Prozent mehrere Suizidversuche unternommen.

Hilfe suchen

29,1% der Befragten gaben an, mit niemandem über ihre Probleme zu sprechen.

<50% suchen ein Angebot der psychosozialen Versorgung auf, um Hilfe zu erhalten. Nur drei Prozent wenden sich an Fachleute aus dem Gesundheits- oder Bildungsbereich.



Wie die Studie zeigt, bahnen sich psychische Probleme und Störungen oft schon im Jugendalter an. Viele bleiben jedoch unentdeckt. UNICEF Schweiz und Liechtenstein legt deshalb vier konkrete Empfehlungen vor:

1. Präventionsprogramme müssen junge Menschen bereits früh erreichen. Solche Programme sollten darauf abzielen, Schutzfaktoren zu stärken und neben Fachkräften des Gesundheitswesens auch Erwachsene im direkten Umfeld der Jugendlichen einzubeziehen.
2. Das Stigma rund um psychische Gesundheitsdienste muss abgebaut werden. Dies kann nur geschehen, wenn wir als Gesellschaft lernen, über unsere Gefühle zu sprechen. Dazu ist viel Aufklärungsarbeit erforderlich. Diese muss sich an junge Menschen sowie auch an Erwachsene richten.
3. Angebote müssen für und mit Jugendlichen erstellt werden. Nur im di-

rekten Dialog mit jungen Menschen kann eruiert werden, welche Angebote sie wie nutzen und was ihnen in der Versorgung fehlt. Jede und jeder Jugendliche soll sich berechtigt fühlen, um Hilfe zu bitten. Angebote sollten leicht zugänglich sein und über ausreichende Kapazitäten verfügen.

4. Stetiges Monitoring ist essenziell. Die Situation von Jugendlichen und ihrer psychischen Gesundheit soll regelmässig und über die Pandemie hinaus erhoben werden. Nur so kann die Entwicklung im Laufe der Zeit beurteilt werden. Das Monitoring sollte zudem die Nutzung der Angebote psychosozialer Dienste einschliessen.

Eine Stress-Studie der PRO JUVENTUTE (2021) hält fest, dass rund ein Drittel der Kinder und Jugendlichen in der Schweiz gestresst ist. Auffällig ist der enge Zusammenhang zwischen dem Bild, welches Lehrpersonen von ihren Schüler/innen haben und dem Stress der Kinder. Ein negatives Bild der Lehrpersonen von ihren Schüler/innen korreliert in hohem Mass mit der Stressbelastung der Schüler/innen – besonders wenn auch noch ein schlechtes Schulklima hinzukommt.

Ausgangslage in der Gemeinde Muri bei Bern

- *Einschätzung von A. Portmann, Leitung Bildung*: "Wir haben keine flächendeckenden Erkenntnisse oder Hinweise. Diese müssten erst erhoben werden. Es kommt ab und zu vor, dass eine psychologische Unterstützung indiziert wäre, es aber nirgends Kapazitäten gibt (UPD etc.) und teilweise monatelang gewartet werden muss.

Es müssten extern mehr Plätze zur Verfügung stehen, damit es bei Bedarf zu einer raschen Intervention kommen könnte. Aber das ist nicht nur ein kommunales oder kantonales, sondern nationales Thema. Die Vernetzung ist vorhanden.

Im Kanton Bern stehen IF-Lektionen (Integrative Förderung) für schulische Heilpädagogik zur Verfügung. Sie unterstützen Schülerinnen und Schüler mit speziellem Förderbedarf direkt in der Regelklasse oder in Kleingruppen. Die Zuteilung dieser Lektionen erfolgt über kantonale Ressourcenpools.

Grundlagen der IF im Kanton Bern

- Ziel: Hilfe für Kinder mit Lern-, Verhaltens- oder Entwicklungs-Besonderheiten.
- Form: Meistens direkt im Klassenverband oder als Gruppenunterricht während der normalen Unterrichtszeit.
- Einsatz: Geht oft über das 4-Stufen-Modell von Klassenunterstützung bis hin zu Fachberatungen durch Heilpädagogen.
- Regelung: Ohne lange Gutachten kann die Schulleitung die Förderung meist bis zu vier Semester selbst bestimmen.

Die Zusammenarbeit mit der Erziehungsberatung (EB) ist intensiv und gut. Diese kommt zur Geltung bei Fällen, welche nicht oder nur teilweise über die Heilpädagogik abgedeckt werden können. Die EB des Kantons Bern ist eine öffentliche Fach- und Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche, Eltern und Schulen. Sie bietet neutrale psychologisch-pädagogische Beurteilungen, Beratungen sowie psychotherapeutische Behandlungen an und unterstützt bei Lern-, Leistungs- oder Verhaltensauffälligkeiten ab der Geburt bis zum Ende der Ausbildung."

- *Die Einschätzung von J. Fitze, Fachstelle für Kinder- und Jugendfragen:*
 "Vielen Kindern und Jugendlichen geht es grundsätzlich gut bis sehr gut. Frühe Förderung lokal vernetzt: dafür steht Primokiz. Primokiz in Muri-Gümligen ist fokussiert auf den Vorschulbereich und hat Kinder im Alter von 0-6 Jahren und ihre Familien als Zielgruppe. Das Angebot muss sich noch besser etablieren und vernetzen. Die steigenden Fallzahlen bei der Schulsozialarbeit (SSA) und die Komplexität der Fälle weist auf eine negative Entwicklung hin, welche zu der Thematik der Pro Juventute-Studie passt. Die Schulen sind mit den nun vorhandenen SSA Prozentsätzen, dem neuen Integrationskonzept gut aufgestellt. Im Bereich Bildung liesse sich jedoch noch einiges anpassen, so dass auch die "Schwächsten" nicht vom Zug fallen. Zum Beispiel die Förderung einer positiven Schulhaus Kultur. Die Abläufe und die Zusammenarbeit zwischen den Schulleitungen, den Lehrpersonen und SSA können dafür weiter optimiert werden."

- *Einschätzung von C. Redmann, Leiterin Soziale Dienste (SD):*
 "Die über Jahre stark steigende Fallzunahme im Kindes- und Erwachsenenschutz (KES) sowie in der Sozialhilfe sind ein klares Indiz dafür, dass Kinder und Jugendliche und ihre Erziehungsberechtigten oft überfordert sind und an Grenzen stossen. Die transinterdisziplinäre Zusammenarbeit mit Ärztinnen und Ärzten, Therapeutinnen und Therapeuten, der EB, Schulen sowie der klinischen Psychiatrie (UPD) und Koordination mit unterstützenden Angeboten wie z.B. sozialpädagogischen Familienbegleitungen (SPF) nehmen stetig zu und verursachen hohe Kosten im Sozialwesen. Die Investition in präventive, koordinierte und monitorisierte Zusammenarbeit würde die Arbeit zu Gunsten der Betroffenen klar verbessern."

Konklusion

In der Gemeinde kann die Herausforderung primär im Bereich der KES quantitativ belegt werden. Die präventiven Module können gezielt verstärkt werden, bedingen im Betrieb aber auch zusätzlich personelle Ressourcen. Hier ist eine Interessensabwägung im politischen Diskurs erforderlich, welche im Zuge der neuen Gesundheitsstrategie vorzunehmen sein wird.

In der Vorbereitung auf den Schulbetrieb und im regulären Schulbetrieb bestehen noch keine quantitativen Grundlagen. Einer Zunahme von Fällen könnte derzeit mangels Kapazitäten in den kantonal organisierten Institutionen nicht adäquat entsprochen werden.

Ausgangslage im Kanton Bern

Generell sind die Kantone für die konkrete Planung der gesundheitlichen Versorgung vor Ort zuständig. Sie bestimmen, wie viele medizinische und therapeutische Plätze in öffentlichen Einrichtungen (wie Kantonsspitalern oder psychiatrischen Diensten) bereitstehen, und erteilen die Berufsausübungsbewilligungen. Dies ist auch im Kanton Bern so. Die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI) ist dafür zuständig.

Der Kanton Bern hat im Jahr 2020 die erste umfassende Gesundheitsstrategie des Kantons Bern 2020–2030 veröffentlicht. Diese übergeordnete Strategie soll in sechs Teilstrategien weiter konkretisiert werden.

In der Teilstrategie "*Gesundheitsförderung und Prävention*" vom Februar 2025 des GSI ist folgendes zu lesen: "Gesundheitsförderung und Prävention ist in der kantonalen Verwaltung ein Schnittstellenthema. Neben der GSI engagieren sich auch weitere Direktionen im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention an Schulen im Kanton Bern. Diese wurden in den

vergangenen Jahren erheblich ausgebaut. Die Kantonspolizei Bern der Sicherheitsdirektion (SID) hat beispielsweise ein umfangreiches Angebot für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Dazu gehören unter anderem:

- Der polizeiliche Präventionsunterricht, der zum Ziel hat, Schülerinnen und Schülern die rechtlichen Rahmenbedingungen aufzuzeigen, sie für mögliche Gefahren wie im Umgang mit digitalen beziehungsweise sozialen Medien zu sensibilisieren und auf Hilfsangebote hinzuweisen.
- Im Rahmen des flächendeckenden Präventionsunterrichts werden seit 2021 in der Mittel- und Oberstufe verschiedene Module zu aktuellen Themen durchgeführt. Zurzeit werden beispielsweise das Modul «Digitale Medien» in der 6. Klasse, das Modul «Gewalt in Schule und Freizeit» in der 7. Klasse und das Modul «Gemeinsam gegen Gewalt» in allen 9. Klassen des Kantons Bern umgesetzt.
- Spezifische Präventionsmodule werden nach konkreten Vorfällen und auf Anfrage angeboten.
- Die Kantonspolizei Bern ist im Rahmen des Aus- und Weiterbildungsangebots der PH Bern für angehende und erfahrene Lehrpersonen tätig.
- Die Kantonspolizei Bern unterstützt regelmässig Sensibilisierungskampagnen gegen Mobbing, Diskriminierung und solche im Zusammenhang mit Gefahren im digitalen Raum allgemein.

Die Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) engagiert sich mit Massnahmen und Programmen an den Schulen. Dazu gehören unter anderem folgende Bereiche:

- Bewegungsförderung: Sportunterricht, freiwilliger Schulsport, verschiedene Programme im Bewegungsbereich wie active school oder Purzelbaum.
- Förderung der sexuellen Gesundheit: Sexuelle Bildung im Rahmen des Lehrplans 21
- Förderung der psychischen Gesundheit: seit 2023 jährliche Tagung «Schule macht stark» für Schulleitungen und Lehrpersonen, neuer CAS «Psychische Gesundheit an der Schule» der PH Bern, Unterstützung von Programmen wie «Hirncoach» oder «Krisenkompass», Massnahmen zur Förderung der Lehrpersonengesundheit wie «Saluto Parcours».

Abbildung 1: Gesundheitszustand als Kontinuum und die Ansatzpunkte der Gesundheitsförderung und Prävention (Quelle: GSI 2024)

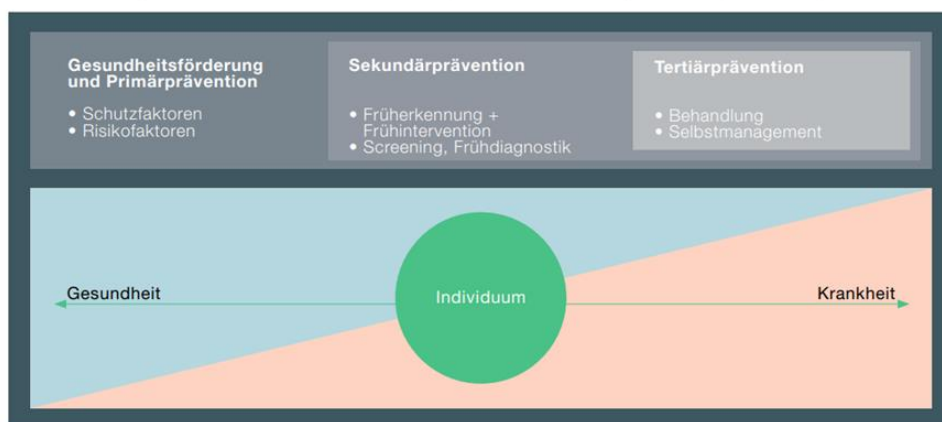
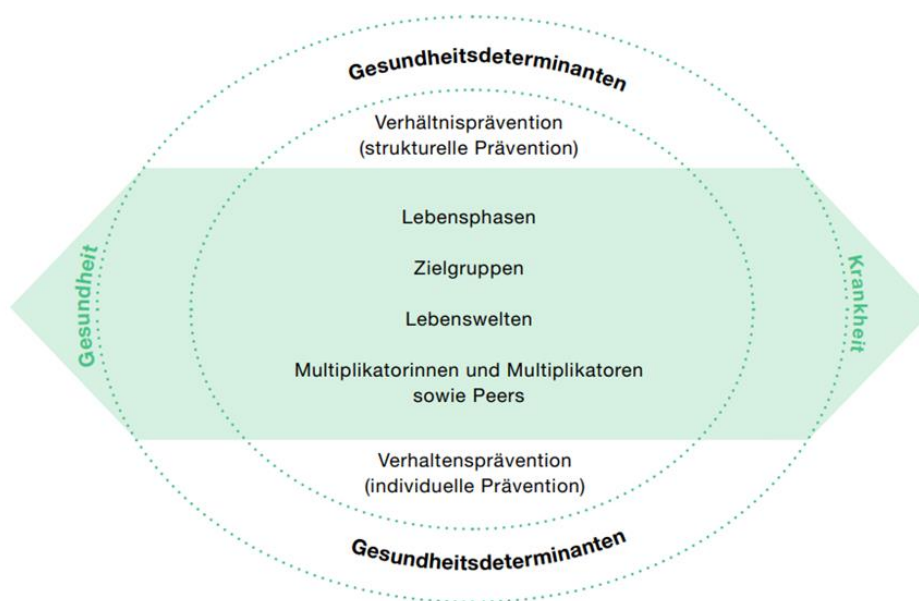


Abbildung 2:
Ansätze der Gesundheitsförderung und Prävention (Quelle: Berner Gesundheit, 2024 (unveröffentlicht), adaptiert durch GSI)



Für die Schulen im Kanton Bern leistet die Stiftung Berner Gesundheit (BeGes) im Auftrag der GSI bereits heute einen wichtigen Beitrag: Sie informiert und schult Lehrpersonen und Berufsbildende, Depression und Suizidabsichten bei Kindern und Jugendlichen vorzubeugen und frühzeitig zu erkennen. Das Angebot umfasst Prozessbegleitungen, Präventionsberatungen, modulare Weiterbildungen, ausleihbare Medienpakete, Informationsmaterial, Unterrichtsmaterialien, einen Handlungsleitfaden und vorbereitete Lektionseinheiten für Schulen. Das Angebot «'aus"weg"'los!» bietet Lehrpersonen und Berufsbildnerinnen und Berufsbildnern Unterstützung bei der Früherkennung von Depression und Suizidrisiken. Nach der Vorgehensweise «hinschauen und handeln» werden Lehrbetriebe und Schulen darin bestärkt, die Früherkennung von Depression und Suizidrisiken bei Lernenden systematisch anzugehen.

Im Auftrag des Kantons (GSI, BKD) bietet neu auch das Berner Bündnis gegen Depression (BBgD) den Schulen der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II das schulbasierte Pilotprogramm «Schau hin!» an (s. 7.3). Die Schülerinnen und Schüler wie auch die Schulmitarbeitenden (Lehrpersonen, Schulsozialarbeitende, Schulpsychologinnen und -psychologen, Erziehungsberatende etc.) sollen für die Themen Depression und Suizidalität sensibilisiert werden, konkrete Fertigkeiten im Umgang mit psychischen Krisen und Depression lernen und Unterstützungsmöglichkeiten kennenlernen. «Schau hin!» umfasst unter anderem halbtägige Workshops für Lehrpersonen.

Mögliche Massnahmen für die Gemeinde Muri bei Bern

Im Internet wird ersichtlich, dass es viele Angebote durch das GSI, BeGes und das BKD gibt, welche auf den kantonalen Seiten für Gesundheitsförderung und Prävention abrufbar sind: <https://www.gf.gsi.be.ch/de/start/themen/psychische-gesundheit.html>.

Diese werden von der Schule, den Sozialen Dienste (SD) und Fachstellen genutzt – jedoch nicht koordiniert angewandt.

Der effektive Bedarf in den Schulen und im SD, einerseits durch Kinder und Jugendliche, andererseits durch die Fachpersonen wurde noch nie systematisch erhoben, um das Ausmass an effektiver Notwendigkeit zu evaluieren und entsprechend nachhaltige Massnahmen für die langfristige Prävention zu sichern.

Fazit

Der Gemeinderat könnte sich die Prüfung folgender zwei Möglichkeiten vorstellen:

Label «Gesunde Gemeinde»

Der Kanton Bern bietet das Label «Gesunde Gemeinde» an und ermöglicht dadurch, die Präventions- und Gesundheitsförderungsmassnahmen, die in einer Gemeinde entwickelt werden, aufzuwerten.

Um das Label zu erhalten, muss die Gemeinde:

- Sich für ein Labeling einsetzen, das von der Mehrheit der Gemeinde unterstützt wird. Dieses Engagement wird durch einen formellen Bestätigungsbrief bekräftigt.
- Zeit und Personal für die Ausarbeitung des Projekts aufbringen (Zusammenarbeit mit der Labeling-Stelle, Vertretung des Projekts innerhalb der Gemeinde, Erstellen des Massnahmenkatalogs, Kommunikation).
- In der Umsetzung von mindestens einer Präventions- und Gesundheitsförderungsmassnahme pro Tätigkeitsfeld, also mindestens sechs Massnahmen, impliziert sein.

Die mit dem Label ausgezeichneten Gemeinden können bis zu drei Sterne erlangen:

- * Mindestens eine Massnahme pro Tätigkeitsfeld
- ** Mindestens zwei Massnahmen pro Tätigkeitsfeld
- *** Mindestens drei Massnahmen pro Tätigkeitsfeld

Das Label «Gesunde Gemeinde» wird "kostenlos" für drei Jahre ausgestellt. Die kantonalen Verantwortlichen begleiten die interessierten Gemeinden bei jeder Labeling-Phase. Die kantonale Koordination agiert pragmatisch und berücksichtigen bei der Anpassung der Bewertungskriterien die spezifischen kantonalen Gegebenheiten, kulturellen Eigenheiten und die verfügbaren Ressourcen der Gemeinden. So wird beispielsweise der Umfang einer vom Label geforderten Massnahme für eine städtische Gemeinde mit mehr als 10'000 Einwohnern nicht gleich gross sein wie für eine ländliche Gemeinde mit 2'000 Einwohnern. Tatsächlich hat die Mehrheit der Gemeinden mit dem Label "Gesunde Gemeinde" weniger als 5'000 Einwohner und die kleinste Gemeinde mit dem Label hat etwas mehr als 160 Einwohner (Gemeinde Trient, Wallis).

Die zuständige kantonale Stelle verpflichtet sich zu folgenden Punkten:

- Das Inventar zu analysieren und mit der Gemeinde zu besprechen.
- Die Gemeinde mit den Leistungserbringern aus den Bereichen Prävention und Gesundheitsförderung in Kontakt zu bringen, die sie bei der Umsetzung neuer Massnahmen begleiten werden.
- Der Gemeinde für die kommunale Kommunikation das Logo «Gesunde Gemeinde» zur freien Nutzung zur Verfügung zu stellen, um die unternehmen Tätigkeiten aufzuwerten.

Das Label «Gesunde Gemeinde» bringt folgende direkte Vorteile:

- Erstellen einer Bilanz der bereits existierenden Präventions- und Gesundheitsförderungsmassnahmen
- Identifizierung des Bedarfs
- Festigung der Beziehungen zu den regionalen Präventions- und Gesundheitsförderungsorganisationen, welche die Einführung von Massnahmen auf dem Gemeindegebiet unterstützen können
- Verbesserung der eigenen Kenntnisse über Gesundheitsförderung
- Entwicklung einer positiven Dynamik rund um die Prävention und Gesundheitsförderung in der Gemeinde
- Verbesserung des Images
- Die mit dem Label ausgezeichneten Gemeinden ziehen aus den Gesundheitsförderungsmassnahmen auch einen indirekten Nutzen:
- Verbesserung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger
- Bessere Integration und besserer sozialer Zusammenhalt
- Stärkere Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger an Aktivitäten, Sportclubs und lokalen Vereinen

Herausforderung: Die Erfassung der Datenlage muss durch Fachpersonen aufgenommen werden, wofür die Zeitressourcen aktuell kaum zur Verfügung stehen. Die Partizipation der Kinder- Jugendlichen und Eltern fehlen komplett. Das Ergebnis ist hauptsächlich Produktorientiert und weniger Wirkungs- und Bedürfnisorientiert. Das Label zeigt der Bevölkerung was die Gemeinde alles zur Verfügung stellt "Tue Gutes – und sprech darüber".

Modell Winterthur

Als zweite Möglichkeit bietet sich in Muri bei Bern an, ähnlich wie die Studie der Stadt Winterthur vorzugehen. Die psychische Gesundheitskompetenz von Lehr- und Betreuungspersonen wird als wesentlicher Faktor in der Förderung von psychischer Gesundheit und für die Früherkennung von Schülerinnen und Schülern (SuS) mit psych. Belastungen betrachtet. Weiter ist der Bedarf und die Erfahrung des Schulpersonals mit SuS mit psych. Belastungen zentral, um den Handlungsbedarf zu beurteilen und wirkungsvolle Massnahmen einzuleiten.

Durch die Studie einer Fachschule (z.B. BFH) soll die Belastungen sowohl der betroffenen SuS als auch des Lehr- und Betreuungspersonal erfasst werden. Anschliessend werden partizipativ Massnahmen erarbeitet, umgesetzt und evaluiert.

Herausforderung: Um das Ergebniss der Studie nachhaltig zu sichern, könnte dadurch ein Legislaturziel für die Jahre 2029 – 2032 entstehen mit dem Ziel ein "Konzept für die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen" in der Gemeinde Muri bei Bern umzusetzen. Im Lead dafür müsste die Leitung Bildung (Schulentwicklung), Leitung Prävention + Frühintervention (SD) sowie Schulsozialarbeit (SSA) sein. Das bestehende interne Konzept "Gesundheitsförderung an der Schule Muri bei Bern" vom April 2021 könnte darin integriert werden.

Qualitätsmerkmale der Zukunft einer Schule zur Stärkung der psychischen Gesundheit von Schülerinnen und Schülern

1. In der Schule einen Konsens zur Bedeutung und Förderung der psychischen Gesundheit von Schülerinnen und Schülern entwickeln.
2. In gemeinsamer Verantwortung eine Schulkultur gewährleisten, das von gegenseitigem Respekt geprägt ist, wo sich Schülerinnen und

- Schüler zugehörig fühlen, sich ohne Angst bewegen und ihre Begabungen und Talente entfalten können und wo sie sich gerne aufhalten.
3. Als Lehrpersonen verlässliche Beziehungen zu Schülerinnen und Schülern aufbauen, um sie in ihrem Lernen zu unterstützen. Möglichkeiten im Schulalltag schaffen, um die Sozial- und die Selbstkompetenzen der Schülerinnen und Schüler zu fördern.
 4. Bestehende Programme zur Förderung der psychischen Gesundheit von Schülerinnen und Schülern umsetzen, die als wirksam beurteilt werden.
 5. Der Gesundheit der Mitarbeitenden, insbesondere Lehr- und Betreuungspersonen, Sorge tragen, z.B. über schulinterne Weiterbildungen, durch das Anbieten von Unterstützung sowie durch die Nutzung expliziter Handlungsspielräume.
 6. Den Austausch, die Zusammenarbeit und die Vernetzung der schulinternen und -externen Akteurinnen und Akteure (z.B. Lehrpersonen, Schulsozialarbeitende, Eltern, Schulpsychologinnen und -psychologen sowie weitere Fachpersonen und Fachstellen) fördern, die Haltung eines voneinander Lernens pflegen sowie die Rollen und Verantwortlichkeiten klären.

Ausblick

Nach heutigem Kenntnisstand würde der Gemeinderat das «Modell Winterthur» favorisieren und könnte sich vorstellen, sich zu gegebener Zeit mit einer Fachhochschule für eine Studie zu den lokalen Verhältnissen in Muri-Gümligen auseinandersetzen. Bei bestätigter Machbarkeit und überwiegenden Chancen würden passende Ziele für die neue Gesundheits- und Sozialstrategie sowie passende Operationalisierungen abgeleitet werden. Bei Bedarf sollen weiterführende organisatorische Massnahmen für eine zwischen der Schule, den Sozialen Diensten (SD) und den Fachstellen wie FKJA durchgängigen Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Muri-Gümligen geprüft werden.

3

ANTRAG

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir dem Parlament daher, folgenden

Beschluss

zu fassen:

Überweisung des Postulats

Muri bei Bern, 17. August 2026

GEMEINDERAT MURI BEI BERN

Der Präsident Die Gemeindeschreiberin a.i.

Jan Köbeli Katja Schönholzer